

Antrag 164/I/2025**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

1 Wir fordern die deutsche Bundesregierung und insbesondere die SPD dazu auf, in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf ein geeintes und eigenständig handlungsfähiges Europa hinzuwirken.

5

6 Folgende Maßnahmen sind hierbei essentiell:

7

8 **I. Bessere europäische Koordinierung der nationalstaatlichen Rüstungsbeschaffung sowie des Rüstungstransports:**

11

12 Die bisherigen europäischen Beschaffungen erfolgen – abgesehen von wenigen positiven Ausnahmen – zu unkoordiniert und mit einem zu starken Fokus auf den nationalstaatlichen Rahmen. Eine bessere Koordinierung ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen notwendig. Wirtschaftlich ermöglicht die gemeinsame Beschaffung Skaleneffekte und Effizienzgewinne, welche durch die Stückkosten gesenkt werden. Politisch ist eine engere Abstimmung erforderlich, um eine tatsächlich integrierte europäische Verteidigungspolitik zu verwirklichen. Mit einer erneuten Trump-Administration besteht die Gefahr, dass US-Sicherheitsgarantien an den Erwerb US-amerikanischer Rüstungsgüter gekoppelt werden. Dies könnte die europäische rüstungsindustrielle Basis schwächen und weiter fragmentieren. Eine koordinierte europäische Beschaffungspolitik, einschließlich einer verstärkten Integration der Rüstungsproduktion, kann dieser Entwicklung entgegenwirken.

30

31 Der EU-interne Transport von Rüstungsgütern sollte angesichts der sich zuspitzenden Bedrohungslage ebenfalls unter den freien Warenverkehr fallen (aktuelle durchschn. Bearbeitungszeit von Freigabeanträgen umfasst 3-5 Tage), um eine schnelle Verlagerung von Verteidigung der EU-Außengrenzen essenzielle Rüstungsgüter im Angriffsfall ohne unnötige Verzögerung garantieren zu können.

38

39 **II. Gemeinsame Kreditaufnahme zur Finanzierung der europäischen Wehrhaftigkeit:**

41 Um eine stärkere Koordinierung und Skalierung der EU-Rüstungsbeschaffung zu ermöglichen, sollte sich die Bundesregierung für eine Aktivierung der sogenannten „Escape Clause“ aufgeben. Diese Regelung erlaubt es den EU-Mitgliedstaaten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, ohne dass diese auf die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebene Begrenzung des Haushaltssdefizits angerechnet werden. Eine solche Ausnahmere-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger BPT (Konsens)**

49 gelung würde den Mitgliedstaaten dringend benötigten
50 finanziellen Spielraum verschaffen, um in die europäi-
51 sche Verteidigungsfähigkeit zu investieren, ohne fiskali-
52 sche Zwänge zu verschärfen.

53
54 Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung nicht nur
55 für die Möglichkeit einer gemeinsamen Kreditaufnahme
56 zur Finanzierung von Rüstungsgütern – den sogenann-
57 ten „Defense Bonds“ – öffnen, sondern sich aktiv für de-
58 ren zeitnahe Umsetzung einsetzen. Eine solche europäi-
59 sche Finanzierungsstruktur würde es ermöglichen, groß
60 angelegte Investitionen in Verteidigungsprojekte zu tätig-
61 gen, ohne dass einzelne Mitgliedstaaten unverhältnismä-
62 ßig belastet werden. Zudem würde eine koordinierte Kre-
63 ditaufnahme die europäische Rüstungsindustrie stärken,
64 den Aufbau strategischer Autonomie fördern und die Ab-
65 hängigkeit von Drittstaaten verringern.

66
67 **III. Beschaffungskompetenzen mittel- bis langfristig auf
68 EU-Ebene verlagern**

69 Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) sollte mittel-
70 bis langfristig erweiterte Kompetenzen erhalten, um ih-
71 re Entwicklung zu einer echten europäischen Beschaf-
72 fungsbehörde voranzutreiben. Dies sollte neben der zen-
73 tralen Koordinierung von Beschaffungsprozessen auch die
74 Verwaltung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungs-
75 budgets umfassen. Eine solche Institutionalisierung wür-
76 de nicht nur die Effizienz der europäischen Verteidigungs-
77 beschaffung steigern, sondern auch Innovationen geziel-
78 ter fördern und eine nachhaltige industrielle Basis für die
79 europäische Rüstungsindustrie schaffen.

80
81 Dabei sollten europäische und nationale Beschaffungs-
82 behörden weiterhin parallel existieren, gemäß dem Prin-
83 zip der Subsidiarität. Während kleinere und mittlere Rüs-
84 tungsprojekte auf nationaler Ebene oder in bilateralen Ko-
85 operationen organisiert bleiben können, sollten die kapi-
86 talintensivsten Projekte auf EU-Ebene gemanagt werden.
87 Dies betrifft insbesondere Waffensysteme und Plattfor-
88 men, deren Entwicklung und Produktion für einzelne Mit-
89 gliedstaaten finanziell nicht tragbar wäre und bei denen
90 Skaleneffekte eine entscheidende Rolle spielen.

91
92 Darüber hinaus sollte die Einbindung Großbritanniens
93 in europäische Verteidigungsinitiativen ähnlich der Be-
94 teiligung Norwegens an EU-Verteidigungsprogrammen
95 gestaltet werden. Dies würde es dem Vereinigten Kö-
96 nigreich ermöglichen, an gemeinsamen Beschaffungs-
97 und Entwicklungsprojekten teilzunehmen, ohne eine EU-
98 Mitgliedschaft vorauszusetzen. Angesichts der weiterhin
99 engen militärischen und sicherheitspolitischen Verflech-
100 tung Großbritanniens mit der EU wäre eine solche Koope-
101 ration sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus strategi-

102 scher Sicht sinnvoll.

103

104 Um den schnelleren Innovationszyklen moderner Techno-
105 logien gerecht zu werden, müssen zudem neue Mechanis-
106 men für operationelle Tests geschaffen werden. Gemein-
107 same Test- und Evaluierungsprogramme mit anderen eu-
108 ropäischen Streitkräften würden es ermöglichen, neue
109 Technologien unter realen Bedingungen schneller zu er-
110 proben und ihre Einsatzreife zu beschleunigen. Dies könn-
111 te beispielsweise durch multinationale Testeinheiten, ge-
112 meinsame Übungsszenarien oder spezialisierte Testzen-
113 tren erfolgen. Eine solche europäische Innovations- und
114 Teststrategie würde dazu beitragen, technologische Über-
115 legenhheit zu sichern und den zeitlichen Rückstand in der
116 Entwicklung neuer Waffensysteme im Vergleich zu global-
117 len Akteuren zu verringern.

118

**119 IV. Schnellere Umsetzung des Aufbaus eines eigenständi-
120 gen europäischen Pfeilers innerhalb der NATO**

121 Die Kommando- und Operationsstrukturen europäischer
122 Streitkräfte sollten nicht länger zwingend auf eine Mit-
123 wirkung des US-Militärs ausgerichtet sein. Während die
124 transatlantische Partnerschaft weiterhin eine zentrale
125 Säule der europäischen Sicherheit bleibt, muss Europa in
126 der Lage sein, eigenständig militärische Operationen in
127 verschiedenen Szenarien durchzuführen – von Krisenbe-
128 wältigung und Stabilisierungseinsätzen bis hin zu groß-
129 angelegten Verteidigungsoperationen.

130

131 Dafür ist eine umfassende Verbesserung der militärischen
132 Fähigkeiten auf mehreren Ebenen erforderlich. Neben der
133 Modernisierung der materiellen Ausstattung, einschließ-
134 lich logistischer Kapazitäten, Kommunikations- und Auf-
135 klärungssysteme sowie strategischer Luft- und Seetrans-
136 portmittel, müssen auch die Trainings- und Ausbildungs-
137 ziele europäischer Streitkräfte gezielt angepasst werden.
138 Der Fokus sollte stärker auf eigenständige Kommando-
139 und Entscheidungsstrukturen, die Interoperabilität zwi-
140 schen europäischen Streitkräften und die Fähigkeit zur
141 schnellen Reaktionsbereitschaft gelegt werden.

142

143 Ein zentraler Aspekt ist zudem der Ausbau und die bessere
144 Nutzung bestehender europäischer Kommandozentralen,
145 wie dem Military Planning and Conduct Capability (MPCC)
146 der EU, um eigenständige militärische Führungskapazitä-
147 ten zu gewährleisten. Parallel dazu müssen multinatio-
148 nale europäische Verbände, wie die EU-Battlegroups oder
149 die NATO Response Force (NRF), konsequent weiterentwi-
150 ckelt und in ihrer Einsatzfähigkeit verbessert werden.

151

152 Konkrete Schritte zur Stärkung der Interoperabilität um-
153 fassen auch die Bildung multinationaler Bataillone (z.B.
154 deutsch-französisch-niederländische Einheiten) und die

155 Harmonisierung von Disziplinarrecht sowie Dienstgrad-
156 abzeichen. Eine gemeinsame Rechtsstelle im BMVg könn-
157 te bei der Umsetzung des Disziplinarrechts unterstützen
158 nicht-deutsche Kommandeure unterstützen.

159

160 Diese Maßnahmen zielen nicht darauf ab, die USA inner-
161 halb der NATO zu isolieren oder die transatlantische Si-
162 cherheitsarchitektur infrage zu stellen. Vielmehr geht es
163 darum, die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken
164 und eine gleichberechtigtere Lastenverteilung innerhalb
165 des Bündnisses zu erreichen. Eine militärisch eigenstä-
166 dig agierende EU würde auch die Glaubwürdigkeit der eu-
167 ropäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhöhen
168 und Europa unabhängiger von geopolitischen Entwick-
169 lungen in den USA machen.

170

**171 V. Ausbau der nuklearen Teilhabe über Frankreich und
172 Großbritannien**

173 Angesichts der schwindenden Verlässlichkeit des US-
174 amerikanischen nuklearen Schutzzirms für Europa
175 muss die Europäische Union zeitnah Gespräche mit
176 Frankreich und Großbritannien über eine erweiterte
177 nukleare Teilhabe führen. Diese beiden europäischen
178 Nuklearmächte sollten als Garanten einer eigenstä-
179 digen europäischen Abschreckungspolitik fungieren,
180 um die strategische Sicherheit Europas langfristig zu
181 gewährleisten.

182

183 Ein solcher Schritt erfordert eine umfassende Neubewer-
184 tung der nuklearen Abschreckungsstrategie der EU sowie
185 eine detaillierte Analyse der politischen, militärischen und
186 finanziellen Implikationen. Dazu gehört die Frage, inwie-
187 weit europäische Staaten über eine engere Einbindung
188 in die französischen und britischen Nuklearstrategien
189 mitbestimmen könnten – etwa durch gemeinsame Pla-
190 nungsmechanismen, abgestimmte Abschreckungsdoktri-
191 nen oder die Bereitstellung logistischer und technologi-
192 scher Unterstützung.

193

194 Zudem müsste eine grundsätzliche Neuverteilung der
195 Verteidigungslasten innerhalb der EU erfolgen, um die
196 Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses aufrechtzuerhal-
197 ten. Während Frankreich und Großbritannien die nu-
198 kleare Komponente bereitstellen, könnten andere EU-
199 Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschland – durch
200 verstärkte Investitionen in konventionelle Rüstungsgüter
201 und Trägersysteme zur Gesamtfähigkeit beitragen.

202

**203 VI. Priorisierung der Sanierung von für die Landes- und
204 Bündnisverteidigung notwendiger Infrastruktur:**

205 Um der Rolle Deutschlands als europäische Drehscheibe
206 für den militärischen Transport gerecht zu werden muss
207 die Sanierung und Erneuerung verteidigungsrelevanter

208 Infrastruktur finanziert durch das Infrastruktursonderver-
209 mögen priorisiert werden. Insbesondere müssen jene 10
210 % der Straßen ausgebaut werden, die derzeit den Trans-
211 port militärischen Großgeräts nicht ermöglichen. Öffent-
212 liche Infrastrukturinvestitionen sollten gezielt darauf aus-
213 gerichtet sein, logistische Engpässe zu beseitigen und die
214 Mobilität europäischer Streitkräfte zu verbessern.

215
216 Diese Maßnahme ist essentiell, da die schnelle Verlegung
217 von Truppen und schwerem Gerät im Krisen- oder Ver-
218 teidigungsfall eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur
219 erfordert. Derzeit sind jedoch zahlreiche Straßen, Brücken
220 und Schienenwege nicht auf die hohen Achslasten und
221 Dimensionen moderner Militärfahrzeuge ausgelegt. Dies
222 führt zu erheblichen Einschränkungen bei der strategi-
223 schen Truppenverlegung und könnte im Ernstfall die Re-
224 aktionsfähigkeit europäischer Streitkräfte erheblich ver-
225 zögern. Eine Koordinierung mit der *Connecting Europe Fa-*
226 *cility (CEF)* sollte erfolgen, um die Finanzierung dieser Pro-
227 jekte sicherzustellen.

228
229 **VII. Etablierung europäischer Test- und Experimentierzen-
230 tren für die zivil-militärische Forschung und Entwicklung**
231 Angelehnt an die von der Marine 2024 durchgeföhrten
232 „OpEx¹“ soll den europäischen Streitkräften sollten eu-
233 ropäische Streitkräfte regelmäßige Test- und Experimen-
234 tierprogramme für die Entwicklung und Integration neuer
235 Technologien etablieren. Diese Testzentren würden eine
236 zentrale Rolle bei der Erprobung neuer militärischer Fähig-
237 keiten spielen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit
238 der zivilen Forschungs- und Innovationslandschaft för-
239 dern.

240
241 Europäische Test- und Experimentierzentren für die zivil-
242 militärische Forschung und Entwicklung sollten gezielt
243 eingerichtet werden, um technologische Innovationen
244 schneller und effizienter in die Streitkräfte zu integrie-
245 ren. Dabei ist eine teilweise Dezentralisierung der Be-
246 schaffung notwendig, um flexiblere und anwendungs-
247 nahe Entwicklungs- und Testverfahren zu ermöglichen.
248 Durch diese Zentren können neue militärische Plattfor-
249 men, autonome Systeme und künstliche Intelligenz un-
250 ter realistischen Bedingungen erprobt sowie Dual-Use-
251 Technologien aus der zivilen Wirtschaft in militärische
252 Anwendungen integriert werden. Darüber hinaus kön-
253 nen die Testzentren auch für zivile Sicherheitsanwen-
254 dungen wie Katastrophenschutz oder Cybersicherheit ge-
255 nutzt werden.